

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 5

Artikel: Randglossen zur Programmdebatte
Autor: Grimm, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332090>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

14. JAHRGANG -- JANUAR 1935 -- HEFT 5

Randglossen zur Programmdebatte

Von Robert Grimm.

Aus der bisherigen Programmdebatte geht eines hervor: Nicht das Programm und seine Formulierungen werden diskutiert. Diskutiert wird die sogenannte *Linie der Partei* und die *Militärfrage*.

Diese Tatsache ist bedauerlich, aber verständlich. Bedauerlich, weil der Ausgangspunkt und die objektive Voraussetzung der Programmrevision verlorengehen. Verständlich, weil mit dem Aufkommen und der Ausbreitung des Faschismus eine Welt zusammengebrochen und eine geistige Krise von unerhörtem Ausmaß entstanden ist.

Zwar wurde in gewissen Parteikreisen noch vor einem Jahre bestritten, daß solche Veränderungen der Welt eingetreten seien, die eine Revision des Parteiprogramms notwendig machen würden. Der Kapitalismus selbst sei der gleiche geblieben. Sein Wesen habe sich nicht verändert, der Arbeiter werde so oder anders ausgebeutet, unbekümmert um die politische Herrschaftsform des Staates.

Gewiß ist der Kapitalismus als Wirtschaftssystem nicht und nirgends verschwunden. Gewiß besteht das Ausbeutungsverhältnis mit unverminderter Schärfe weiter, ja es hat sich mit der Krise noch wesentlich verschärft. *Geändert aber haben sich die Ausdrucksformen des Systems*. Durch den Faschismus gewinnt die kapitalistische Herrschaft ein neues politisches Gesicht. Oekonomisch besteht der bedeutungsvolle Unterschied, daß in der Aufstiegsperiode des Kapitalismus die Beschäftigung von Arbeitern die Bedingung der Profit-erzeugung war, während heute die Beschäftigung von Arbeitern für den Unternehmer eine Last bedeutet.

Diese Veränderungen machen nicht nur die Steigerung und Ausweitung des Kampfes gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus notwendig. Sie verlangen mehr. Sie erheischen einen *erfolgreicheren*, nicht nur einen gesteigerten Kampf. Sie setzen jene Beweglichkeit einer zielstrebigem Partei voraus, die sich grundlegenden Veränderungen anzupassen weiß, ohne ihre Grundsätze und ihr Ziel preiszugeben, die aus der neuen Lage neue Kräfte zu mobilisieren, neuen Einfluß zu gewinnen weiß, der sie dem Ziel näher bringt.

Dieser Ueberlegung und keiner andern ist die Programmrevision entsprungen.

*

Es ist daher völlig abwegig, wenn die Gegner des Entwurfes mit Schlagworten operieren, als ob die Anhänger der Revision sich in der guten Stube des Kapitalismus einnisten wollten, als ob die Kennzeichnung der Anhänger und Gegner der Revision durch den billigen Begriff von rechts und links erfolgen könnte, als ob nur die Revisionsgegner den »Willen zum kühnen Machtstreben« hätten.

Der neue Programmentwurf erblickt in der gegenwärtigen Krise *die Krise des kapitalistischen Systems*. Er fordert eine verbreiterte, weit über die Arbeiter hinausgreifende *antikapitalistische Front*. Er stellt fest, daß nur der *Sozialismus* eine wirkliche Lösung der gesellschaftlichen Widersprüche herbeizuführen vermöge. Wie also kann man im Ernst jenen Genossen, die auf diesem Boden stehen, unterstellen, sie möchten sich in die gute Stube des Kapitalismus flüchten?

Auch mit dem Hinweis auf den Gegensatz von rechts und links ist es nichts. Man nehme die Frontenbildung, die sich an der *Militärfrage* orientiert. Bei den Verneinern der Landesverteidigung: Pazifisten, Religiös-Soziale, Anhänger der revolutionären Gewalt und der Diktatur; bei den Bejahern der Landesverteidigung: Reformisten früheren Schlages, Demokraten à tout prix und Marxisten der alten Schule. Was will hier, im Blick auf diese Mischung die Gegenüberstellung von Reformisten und Revolutionären besagen?

Auch das Schlagwort, bei den einen sei das Machtstreben vorhanden, bei den andern fehle es, und die Scheidelinie verlaufe parallel zur Scheidelinie in der Revisionsstellungnahme, ist hohl. Bei den einen wie bei den andern ist im allgemeinen die Erkenntnis vorhanden, daß der Ausweg aus der Krise die Ueberwindung des Kapitalismus ist. Ein Gegensatz besteht nicht in der Frage der Notwendigkeit der Machtbildung zur Erreichung dieses Ziels, der Gegensatz ist viel mehr vorhanden in der Frage, *wie die werktätige Bevölkerung am raschesten zur Erlangung der Macht kommt*.

Man sollte also in der weitem Debatte auf so billige Schlagworte verzichten, denn sie verwirren und vergiften, dienen der Klärung der Probleme nicht, um die es geht, und schaffen eine dem *erfolgreichen* Machtstreben entgegengesetzte Atmosphäre.

*

Der Programmentwurf geht vom *Boden der Wirklichkeit*, und zwar der eigenen, nicht einer fremden Wirklichkeit, aus. Er schildert die neue Epoche, in die wir durch das Aufkommen des Faschismus eingetreten sind. Er korrigiert das alte Programm, wo es mit den neuen Entwicklungstatsachen in Widerspruch steht. Er erweitert es dort, wo sich die Partei den neuen Verhältnissen anzupassen hat. Er bricht mit der Auffassung, als ob die Emanzipation nur und nur das alleinige Werk der Arbeiterklasse sein könne, und schafft einen neuen Begriff für die Bildung der Front der Ausgebeuteten: *den Begriff der anti-*

kapitalistischen Front. Für oder wider den Kapitalismus, das ist die Hauptthese, die den ganzen Entwurf beherrscht.

Als gefährlichsten und furchtbarsten Gegner dieser neuen Frontbildung betrachtet der Entwurf den *Faschismus und seine helvetischen Abarten.* Im falschen Schein des Antikapitalismus ist der Faschismus zur Herrschaft gelangt. Arbeiter, durch die Wirtschaftskrise der Verelendung entgegengeführt, Mittelständler, durch die gleiche Krise ent wurzelt und verarmt, waren die Werkzeuge des aufstrebenden und zur Macht gelangten Faschismus.

Das neue Programm will nichts anderes, als dieser Gefahr in der Schweiz entgegenwirken, *indem es die Problemstellung Kapitalismus und Antikapitalismus klar und deutlich herauszuarbeiten versucht.* Es will die geistigen Waffen schmieden, die für diesen Kampf notwendig sind. Aus eben diesem Grunde stellt es den Kampf gegen die faschistische Gefahr auf die wirtschaftliche und soziale Basis. Nur von dieser Seite her kann die Entstehung der faschistischen Macht verhindert werden. Die Wurzel des Faschismus ist die durch den Kapitalismus hervorgerufene allgemeine Notlage, ist die durch ihn bewirkte Korruption der öffentlichen und privaten Moral, ist die auf diesen Voraussetzungen beruhende geistige und politische Verwirrung, die von Tag zu Tag fortschreitende Vertrauenskrise, die der Menschheit den Glauben an ihre geschichtliche Aufgabe raubt.

*

Der Entwurf schließt hier eine Lücke, die dem alten Programm anhaftete.

Jedes Programm ist zeitbedingt, Ausdruck einer bestimmten Epoche. Das alte Programm, 1904 von Otto Lang meisterhaft geschaffen, 1917 und 1920 revidiert, war es ebenso. 1904 — die schärfere Herausbildung der Klassenscheidung durch die Inauguration der internationalen Schutzzollpolitik mit der von ihr ausgehenden Teuerungswelle. 1917 — mitten in den Kriegsjahren mit den von neutraler Stelle aus immer durchsichtiger werdenden Kriegszielen des Imperialismus. 1920 — die jungen Demokratien, die in Mitteleuropa das verfallene System halbfeudaler Monarchien ablösten, der Widerschein der russischen Revolution mit ihren Hoffnungen auf die Weltrevolution.

Auf alle diese Veränderungen hat das alte Programm Rücksicht genommen, sie zum Ausdruck gebracht und der Partei jene geistige Orientierung gegeben, die zum Verständnis der veränderten Situation erforderlich war.

Das neue Programm will die gleiche Aufgabe erfüllen. Wie 1904, 1917 und 1920 neue gesellschaftliche und geschichtliche Tatsachen zur Schaffung, Revision und Erweiterung des Programms drängten, ebenso drängt heute die Systemkrise und die völlig veränderte internationale politische Lage zur Revision und Erweiterung.

*

Ein Parteiprogramm darf sich indes nicht nur mit der Schilderung der neu eingetretenen geschichtlichen und politischen Lage begnügen.

Es muß mehr geben als nur das. *Es muß auch die Mittel und Wege beschreiben, die sich aus der neuen Situation ergeben.* Voraussetzung dazu ist die Ueberprüfung der bisherigen Ergebnisse. Sie ist es um so mehr, als das alte Programm die internationale sozialistische Arbeiterbewegung als ein wesentliches Element in der Entwicklung zum Sozialismus betrachtet.

Die Internationale ist bei Kriegsbeginn 1914 zusammengebrochen. Es halfen dagegen keine noch so kräftigen Bekenntnisse und Resolutionen.

Mühselig konnten in den Kriegsjahren die Anfänge einer internationalen sozialistischen Verständigung geschaffen werden. Eine Massenbasis für diese Verständigung aber fehlte. Sie war objektiv unmöglich, solange die Militärdiktatur herrschte und der Krieg fort-dauerte.

Mit dem Ausbruch der russischen Revolution kam die Spaltung der Arbeiterklasse. Betrachtet man heute die Ergebnisse der seitherigen Entwicklung, so muß man ehrlicherweise gestehen, daß keine der beiden Internationalen eine entscheidende Macht darstellt. Die Kommunistische Internationale ist in der Hauptsache Regierungspartei des neuen Rußland, ohne wesentlichen Einfluß außerhalb dieses Reiches. Soweit dieser Einfluß überhaupt vorhanden war, ist er durch die faschistischen Siege gebrochen und seiner Massenbasis beraubt worden. Die Sozialistische Internationale entbehrt aus dem gleichen Grunde ihrer früher einflußreichsten Glieder. Auch sie stellt heute keine entscheidende internationale Macht dar.

*

Diese Tatsachen rücken in den Betrachtungskreis des denkenden Sozialisten zwei Probleme: die Frage der Weltrevolution und die Frage der Strategie und Taktik im Kampf um den Sozialismus.

Zu der *Frage der Weltrevolution* hat die Kommunistische Internationale den deutlichsten Kommentar geliefert. Ihre ganze Politik war bis vor kurzer Zeit auf die kommende und in ihren Augen unmittelbar nahende Weltrevolution eingestellt. *Die Kommunistische Internationale ist das Opfer eines unerhörten Selbstbetruges geworden.* Sie hat ihre Politik nicht an der geschichtlichen Wahrheit, wohl aber an den Berichten ihrer bezahlten Agenten in den einzelnen Ländern orientiert und sich diese Orientierung ein schönes Stück Geld kosten lassen. Es bedurfte insbesondere des faschistischen Sieges in Deutschland, um der Kommunistischen Internationale zu beweisen, daß sich die Geschichte nicht betrügen läßt, auch durch revolutionäre Phrasen nicht. Es bedurfte des faschistischen Sieges in Deutschland, um der Kommunistischen Internationale zu beweisen, daß die Spaltung der Arbeiterklasse die Weltrevolution so wenig fördert als der französische Blanquismus seiner Zeit.

Das *kommunistische Rußland* hat aus dieser Erkenntnis eine komplette Schwenkung seiner Außenpolitik abgeleitet: den Eintritt in den Völkerbund der kapitalistischen Mächte und das enge Bündnis mit

dem kapitalistischen Frankreich und seinen Vasallenstaaten. In *Frankreich* selbst machte die *Kommunistische Partei* eine Drehung von 180 Grad. Sie fügte sich so radikal in die Bedürfnisse der russischen Außenpolitik ein, daß sie ein Aktionsprogramm aufstellte, das von der Sozialistischen Partei Frankreichs als kleinbürgerlich und spießhaft abgelehnt werden mußte.

Wesentlicher als diese Schwenkung aber ist die ihr zugrunde liegende *Erkenntnis*, ist die Einsicht in die Tatsache, daß wir heute in einer *konterrevolutionären Zeit* leben und vor einer anderen Perspektive stehen als 1920, da das alte Programm einer Revision unterzogen wurde. Eine Partei, die sich Zukunftspartei nennt, kann auf diesen stolzen Titel nur dann Anspruch erheben, wenn sie fähig ist, solche nicht gerade belanglose Unterschiede der geschichtlichen Epochen zu erkennen, fähig ist auch, aus dieser Erkenntnis die nötigen Schlüsse für ihre Politik zu ziehen.

*

Das zweite Problem, die *Strategie und Taktik*, stellt sich durch die Erfahrungen der letzten Jahre. Wir haben Länder gesehen, in denen die Arbeiterklasse auf dem Wege der *Demokratie* zur Macht gelangt ist, und ein Land kennengelernt, das den Sieg mit *revolutionären Mitteln* brachte. Zu den Ländern der ersten Kategorie gehören England, das neuerdings vor einer kommenden Arbeiterregierung steht, Dänemark, Schweden und Norwegen. Das andere Land ist Rußland. Es ist aber sogleich beizufügen: die Voraussetzungen der russischen Revolution waren ein überlebtes, innerlich verfaultes Feudalsystem und ein verlorener Krieg, verloren deshalb, weil die russischen, meistens aus Bauern bestehenden Armeen nicht einsehen konnten, was ihnen dieser Krieg nützen sollte.

Es gibt indes für die Strategie und Taktik nicht nur Beispiele der siegenden und zur Macht gelangenden Arbeiterklasse. Es gibt auch Beispiele der *proletarischen Niederlagen und des siegenden Faschismus*. In Deutschland ist der Faschismus durch die Demokratie zur Herrschaft gelangt, seinen Sieg errang er allerdings durch die Zertrümmerung der Demokratie. In Spanien erlitt die Arbeiterklasse eine Niederlage der revolutionären Erhebung.

Leider bedurfte es erst dieser geschichtlichen Erfahrungen, um weiten Kreisen der Partei die Augen über die Frage der *Demokratie oder Diktatur* zu öffnen. Nicht die Demokratie und nicht die Diktatur sind das Entscheidende. *Entscheidend ist die Frage der Einflußnahme auf den Staats- und Gesellschaftsapparat*. Je nach den gegebenen geschichtlichen Bedingungen kann sich diese Einflußnahme auf dem Wege des friedlichen Aufstieges oder auf dem Wege der revolutionären, gewaltsamen Erhebung vollziehen. Der alte Streit, ob Demokratie oder Diktatur, hat seine Beendigung gefunden durch die Lehren der Geschichte.

Wiederum geht das neue Parteiprogramm von diesen Lehren aus. Es stellt die von niemandem mehr bestrittene Tatsache fest, *daß der Zustand der Demokratie dem Zustand der faschistischen Diktatur,*

auch wenn sonst auf der ganzen Linie der Kapitalismus noch herrscht, vorzuziehen sei.

Auf die Schweiz angewendet, bedeutet dies die Anerkennung der Demokratie und ihrer Verteidigung gegen den Faschismus. Darüber gibt es zwischen den Anhängern und Gegnern des neuen Programms heute keine Meinungsverschiedenheiten mehr. Die Differenzen entstehen erst dort, wo es sich um die Frage handelt, *mit welchen Mitteln der Faschismus abzuwehren und die Demokratie zu verteidigen sei.*

*

Die Abwehr des Faschismus setzt die Erhaltung und Erweiterung der *Massenbasis der Arbeiterbewegung* voraus. Diese Voraussetzung besteht nur dann, wenn die demokratischen Rechte und Freiheiten bestehen. Ohne freie Presse, ohne freies Wort, ohne Versammlungsfreiheit keine Arbeiterbewegung, die den Faschismus an der Machtergreifung und Machtausübung hindert.

Ein zweites kommt hinzu. Um eine vermehrte Einflußnahme auf den Staats- und Gesellschaftsapparat zu gewinnen, ist das freie Stimm- und Wahlrecht erforderlich. Der in freier Auseinandersetzung mit den gegebenen Zuständen gebildete Volkswille muß sich durch die direkte Demokratie äußern können.

Die Arbeiterbewegung hat darum für die *Erhaltung der demokratischen Rechte* einzustehen. Sie muß auch selbst eine Politik vermeiden, die den Bestand dieser Rechte gefährdet. Das soll nicht durch feiges Zurückweichen vor dem Gegner geschehen. Aber es ist eine Taktik zu vermeiden, die nur der Ausnützung einer augenblicklichen Konstellation oder einer Machtposition dient, in der Dauerwirkung jedoch einer Schädigung der Arbeiterinteressen gleichkommt.

Die Arbeiterschaft ist stark genug, am einen oder andern Ort eine faschistische Versammlung zu sprengen. Was nützt es aber, wenn in hundert andern Orten die Gegner unsere Versammlungen sprengen, uns hindern, an die Massen heranzukommen und das Gesamtergebnis eine Beschränkung der demokratischen Rechte ist? Was nützt ein Jahr sozialistischer Regierung, sozialistischen Widerstandes gegen die bürgerliche Politik, wenn am Ende dieses Jahres die betreffende Regierung gezwungen ist, Maßnahmen in Lohn- und andern Fragen anzuordnen, die sie stets als reaktionär bekämpft hat, und die, ohne es selbstverständlich zu wollen, zur Willensvollstreckerin der von ihr bekämpften Reaktion wird?

Solche Politik schafft Verwirrung. Sie kann sich an dem betreffenden Orte vielleicht weniger schädlich auswirken, um so mehr aber erschwert sie in den hundert andern Orten den Kampf gegen den Kapitalismus und gegen den Faschismus. Und sie schafft Verwirrung vor allem in jenen Kreisen, die wir für den erfolgreichen Kampf erst gewinnen müssen und auf deren Kampfgemeinschaft nicht zu verzichten ist, wenn das gesteckte Ziel erreicht werden soll.

Das neue Programm spricht sich auch in dieser Beziehung klar aus. Es weist auf den *Gesamtzusammenhang der Bewegung* hin und

fordert die Unterordnung des einzelnen oder der Gruppen unter das Gesamtinteresse. Nicht persönliche Rechthaberei oder persönliche Unzufriedenheit kann und darf das Verhältnis des einzelnen oder von Gruppen zur Gesamtbewegung bestimmen. Der einzelne wie die Gruppen sollen dem Sozialismus als einer Gemeinschaftsidee dienen. Das Wort des alten *Greulich* wird hier wiederum lebendig: Und wenn die Bewegung hundertmal irrt und gegen meine persönliche Meinung entscheidet, ich werde ihr dennoch treu bleiben und ihr ehrlich weiter dienen.

*

In der *Militärfrage* hat die Partei seit 1917 eine rein und absolut negative Stellung bezogen. Die Gründe, warum dies geschah, habe ich angedeutet.

Das neue Programm bejaht die Landesverteidigung, wenn sie dem Schutz der demokratischen Rechte dient, und die Verteidigung der Neutralität, wenn sie Voraussetzung des staatlichen Eigendaseins ist.

Die bisherige negative Stellungnahme fand ihren Ausdruck in der Kreditablehnung durch die sozialdemokratische Parlamentsfraktion. In den Massen konnte sie praktisch keinen Ausdruck finden, denn das hätte die Verweigerung der Militärdienstleistung, des Einrückens oder die Nichtbezahlung der Militärsteuer bedeutet. Vereinzelt haben dies getan. Zu einer Massenerscheinung konnten sich diese Einzelhandlungen nicht entwickeln, weil die Konsequenzen untragbar gewesen wären.

Gegen die Formulierung der Militärthese im neuen Programm erheben die Bürgerlichen den Vorwurf der Unehrllichkeit, die Anhänger der Minderheit im eigenen Lager den Einwand der angeblich prinzipiell falschen Stellungnahme.

Den Bürgerlichen haben wir zu antworten, daß das neue Programm die Landesverteidigung *bejaht*, auch wenn sie zunächst nicht der Verteidigung des Sozialismus oder eines sozialistischen Staates, sondern vorerst nur der Verteidigung der demokratischen Volksrechte und der Neutralität dient. *Ob diese Voraussetzung zutrifft, darüber entscheidet die Partei, die sie aufstellt.* Das ist gute Schweizer Art. Sie gilt auch für die Mittel der Landesverteidigung. Wir anerkennen den Satz nicht: Wer den Zweck will, muß auch die Mittel wollen. Auch die Bürgerlichen anerkennen ihn nicht. Im Kampf gegen die Wirtschaftskrise zum Beispiel ist man sich in beiden Lagern über den unmittelbaren Zweck, aus der Krise herauszukommen, einig. Ueber Weg und Mittel bestehen in beiden Lagern entgegengesetzte Meinungen. Das ist ganz normal. Das war nie anders und wird nie anders sein, solange es Parteien und Klassen gibt.

*

Die Minderheit im eigenen Lager hat sich neben einigen Schlagworten die Argumentation der früheren Zeit angeeignet. Sie sieht im neuen Programm die Gefahr einer Vorwegnahme des Burgfriedens, einer Vertrauenskundgebung an die Kapitalistenklasse und ihre Regierung.

Einer der Hauptträger dieser Argumentation verstieg sich zu der Behauptung: Wollen wir der Bourgeoisie die Mittel bewilligen, ja oder nein? Alles andere ist Brimborium. Punktum. Fügt man dann noch etwa die Tatsache imperialistischer Verfilzungen hinzu, nimmt man das Wort Monopolkapitalismus in den Mund, ergänzt man das Ganze etwa durch die Wendung, auch die schweizerische Bourgeoisie sei an der internationalen Kriegsgefahr nicht unschuldig, malt man die Möglichkeiten einer Bündnispolitik in einem kommenden Kriege aus und unterstellt man, durch ihre Politik opfere die Mehrheit den Arbeiter den Interessen der Bourgeoisie, dann kann es natürlich nicht mehr fehlen.

Das alles ist sicher ganz interessant und klingt auch ordentlich revolutionär. Diese Fragen sind besonders interessant, wenn man, unbeschwert durch die faschistische Gefahr, Zeit zum Diskutieren hat. Aber alle diese Fragen gehen am Problem, auf das es ankommt, vorbei.

Einmal ist die *Gefahr des Faschismus* leider keine Illusion. Diese Gefahr besteht unmittelbar. Zweitens müssen die uns noch fernstehenden Schichten gewonnen werden, wenn wir diese Gefahr bannen wollen. Und zwar gehören zu diesen Schichten *alle antikapitalistischen Kreise*, nicht nur die Arbeiter.

Diese Schichten fragen uns nicht: Was tut ihr *morgen*, was tut ihr am Tage *nach* der sozialistischen Machteroberung? Sie fragen uns: *Was tut ihr heute?* Ihr, die ihr Gegner des Faschismus seid, ihr, die ihr die demokratischen Rechte erhalten und schützen wollt, was *tut* ihr, wenn faschistische Horden in das Land einzubrechen drohen, oder wenn die Neutralität militärischen Angriffen ausgesetzt ist?

Auf diese und ähnliche Fragen gilt es zu antworten. *Hier gibt es kein Ausweichen.* Wir können die zu gewinnenden Massen, die noch nicht durch die Schule des Sozialismus gegangen sind, weder seinen Inhalt noch seine Terminologie kennen, nicht auf den Tag *nach* der Eroberung der politischen Macht vertrösten, wie es die eine Minderheit tut. Mit Redewendungen, wenn die Sozialdemokratie einmal an der Macht sei, werde sie *auch* für den Grenzschutz eintreten, machen wir uns einfach lächerlich. Wir können auch nicht, wie es eine zweite Minderheit vorschlägt, »die zwingende Notwendigkeit anerkennen, die Unabhängigkeit des Landes gegen jede Gefahr, die ihr von außen droht, zu schützen«, und gleichzeitig die Frage ignorieren, was wir konkret tun werden, wenn diese Gefahr unmittelbar wird.

Das neue Parteiprogramm füllt auch hier die Lücken aus. Es beantwortet die *praktischen Fragen*, die uns immer wieder gestellt werden, weicht ihnen nicht aus und verspart die Antwort nicht auf den Tag nach der sozialen Revolution.

Das neue Programm ist den Bedürfnissen der Zeit entsprungen. Es entspricht diesen Bedürfnissen.